

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden.  
Druckpreis: Sammelnummer: 25 241.  
Nur für Nachdruck: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Januar 1926, ein täglich zweimaliger Zustellung im Haus 1,50 Mark.  
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; der einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 30 Pfg., die 90 mm breite Reklamazeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Mariestraße 38/42.  
Druck u. Verlag von Neppich & Neichardt in Dresden.  
Postfach-Nr. 1065 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## Das Zentrum bleibt bei der Großen Koalition

### Die Parteivorstandssitzung am Sonntag. — Sieg des linken Flügels in der Preußenfrage.

#### Nahes Ende der Marokko-Kämpfe? — Die Suche nach den Fememördern. — Der Reichswehrelat.

### Keine Rückwirkungen der Kabinetskrise auf Preußen.

Berlin, 10. Jan. Der Reichsparteivorstand des Zentrums hielt am Sonntag gemeinsam mit dem Zentrumsfractionsvorstand des Reichs- und Landtages im Reichstagsgebäude eine Sitzung ab, die sich mit der Frage der Regierungsbildung beschäftigte. Nach einem Referat des Parteivorsitzenden Marx und einer über sechs Stunden währenden Aussprache wurde eine Entscheidung angenommen, in der die Reichstagsfraktion beauftragt wird, mit allem Nachdruck auf die

**Bildung einer Regierung der Großen Koalition** hinzuwirken. In der Aussprache wurde die bisherige ablehnende Haltung der Sozialdemokratie bedauert und die Erwartung ausgesprochen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion schließlich doch noch eine andere Haltung einnehmen und sich ebenfalls für eine Regierung der Großen Koalition entscheiden werde. In Zentrumskreisen war wiederholt der Wunsch geäußert worden, den Sozialdemokraten zu verstehen zu geben, daß im Falle ihrer definitiven Abgabe in dem Gedanken der Großen Koalition für das Zentrum in Preußen bestimmt Folgen erwachsen würden.

Die Absicht, einen solchen Druck auszuüben, ist aber an dem Widerstand der preussischen Zentrumskreise gescheitert, deren Vertreter sich dafür einsetzten, unter keinen Umständen Preußen mit der Krise im Reich zu verbinden.

Offiziell wurde über die Zentrumssitzung folgendes bekanntgegeben: Am 10. Januar tagte im Reichstagsgebäude der Vorstand der deutschen Zentrumspartei und die Vorstände der Zentrumsfractionen des Reichs- und preussischen Landtages. In den Berichten aus allen Landesstellen, insbesondere des Reichens, fand die unannehme, von Tag zu Tag steigende wirtschaftliche Not weitestverbreiteter Kreise einen erschütternden Ausdruck. Daraus zog die Ver-

sammlung die Folgerung, daß zur Überwindung dieser Notlage nur eine Reaktion auf breiterer Grundlage herbeiführen kann. Das ist die Große Koalition. Der Verantwortung zur Bildung einer solchen Regierung kann sich keine Partei entziehen, der es ernst ist mit der Fortführung einer zureichenden Außenpolitik und der Aufrechterhaltung unserer Verfassung, der Gesundung der Wirtschaft und der Linderung der sozialen Notstände. Unverantwortlich wäre es und für eine Verfassungskonsequenz unerträglich, in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise noch eine Staatsschuldenselbstmord zu betreiben. Sie würde zur völligen Verelendung, insbesondere der arbeitenden Massen führen. Die Versammlung erwartet daher von der Zentrumskategorie des Reichstages, daß sie alle Entschlossenheit und alle politischen Mittel aufbietet, eine solche Entwicklung zu verhindern.

Am Reichstag fanden am Sonntag abend Verhandlungen zwischen Vertretern der Zentrumskategorie und der demokratischen Fraktion statt, wobei das Zentrum neben anderen durch den Abg. Marx, die Demokraten neben anderen durch den Abg. Dr. Koch vertreten waren. Man kam in dieser Besprechung dahin überein, unbedingt an der Großen Koalition festzuhalten und auf die Sozialdemokraten in dieser Richtung einzuwirken.

In parlamentarischen Kreisen der Rechten hält man die Große Koalition trotz des wieder eingeschalteten Versuches, ihre Möglichkeiten nochmals nachzuprüfen, für ebenso gering, wie im Dezember. Es macht sich eine gewisse Mißstimmung darüber bemerkbar, daß durch diese neuen Versuche überhaupt nicht weiter als eine Verzögerung eintritt. Man hält es für wahrscheinlich, daß nach den für Montag angelegten Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Führern des Zentrums und der Demokraten auch die Führer der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokraten nochmals zum Reichspräsidenten gebeten werden. Jedenfalls soll klar herausstellen, ob die Große Koalition definitiv unmöglich ist oder nicht.

### Wer kennt die Fememörder?

Berlin, 10. Januar. Am Montag kleben an den Säulen Berlins und einer Reihe von Städten im Reich Plakate der Berliner politischen Polizei, auf denen 6000 Mark Belohnung für die Auffindung von Fememördern ausgesetzt werden. Es handelt sich

1. um den Fall des Wachtmeisters Legner, der im März 1923 auf dem Truppenübungsplatz ermordet und vergraben wurde;

2. um den Fall des ehemaligen Feldwebels Wilsch, der im Juli 1923 mit zwei Schußverletzungen aus der Havel gefangen wurde, und

3. um den Fall des im September 1923 im Kesselbruch des Oberbürger Truppenübungsplatzes mit zwei Schußverletzungen aufgefundenen Leutnants v. N. Sand.

In allen Fällen kommen Angehörige des damals bei der Reichswehr bestehenden Arbeitskommandos der sogenannten „Schwarzen Reichswehr“ als Täter in Frage. Als Täter bzw. Mittäter dieser Verbrechen sind nach den polizeilichen Feststellungen außer den bereits Verhafteten noch 14 Personen dringend verdächtig, die zurzeit flüchtig sind. Sie werden an den Plakaten mit Namen angeführt. Ferner werden elf namentlich angeführte Personen und alle Personen, die Befragungen über Fememorde machen können, aufgefordert, sich an die zuständige Polizeidienststelle zu wenden. Die Anfragen werden auf Wunsch vertraulich behandelt. (W. T. B.)

### Der Kampf um den Bierpreis in Bayern.

München, 9. Jan. Die fast vollständig verfallenen Delegationen des gesamten bayerischen Brauwesens sind einstimmig zu der Auffassung gekommen, daß eine Herabsetzung des Bierpreises eine wirtschaftliche Unmöglichkeit sei, und daß dieses von der Regierung verlangte Opfer ohne schwere Erschütterungen, insbesondere der Lagerbierbrauereien, nicht getragen werden könne. Dies um so mehr, weil schon unabänderlich feststehe, daß ab 1. April die Erhöhung der Biersteuer durch den Reichstag kommen werde. Die Delegiertenversammlung wählte einen Ausschuss, der noch einmal mit der Regierung Fühlung nehmen soll. Von dieser Aussprache wird die Erledigung der Bierpreisfrage abhängen.

### Die Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich.

Berlin, 10. Jan. Die „Germania“ meldet aus Paris: Die für den 12. Januar vorgezeichnete Wiederaufnahme der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen dürfte eine kleine Verzögerung dadurch erfahren, daß die französische Antwort erst verspätet den deutschen Stellen zugegangen ist. Man rechnet jedoch damit, daß noch Ende nächster Woche mit der Wiederaufnahme der Besprechungen begonnen wird. Verhandlungsleiter auf deutscher Seite wird diesmal Ministerialdirektor Poise sein.

### Die Vaterländischen Verbände für Südtirol.

Die Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands (ges. Graf von der Goltz) haben folgenden Aufruf erlassen:

Die unerhörten Unterdrückungen unserer deutschen Brüder im vergewaltigten Südtirol durch die im Arge freizugelegten Italiener, die ihren Landraub nicht eigener Kraft vorzudenken, zeigen, daß von dem viel gepriesenen Geiste des Friedens nicht das geringste zu verspüren ist. Auch der Völkerverbund denkt nicht daran, gegenüber dem maßlosen Vorgehen der Italiener sich der angebl. von ihm sichergestellten Rechte der Minderheiten anzunehmen.

Wir Deutsche im Reich aber sollten bedenken, daß wir trotz unserer Ohnmacht Mittel in der Hand haben, das Schicksal unserer Volksgenossen zu beeinflussen, wenn wir einig sind. Italien lebt zum großen Teil vom Fremdenverkehr, besonders dem deutschen.

Wir rufen daher unsere Volksgenossen zu: Nicht nach Italien, sondern nur nach dem entrisenen Südtirol! Kauft keine italienischen Waren! Wer das tut, verdingt sich an unserm Volkstum.

Dies handelt es sich nicht um Partei und Anfechtung, sondern um eine gemeinliche Angelegenheit aller Deutschen im Reich.

### Bedrohliche Lage der eingefrorenen Dampfer.

Rosol, 10. Jan. Von den bei Kronstadt im Eise festgefrorenen deutschen Dampfern sollen zwei untergegangen sein. Der russische Eisbrecher „Lenin“ hat die Schiffe wohl erreicht, konnte aber keine geeignete Hilfe leisten. Die übrigen Schiffe sind immer noch in Gefahr.

### Nikolai Nikolajewitsch schwer erkrankt.

Berlin, 10. Jan. Wie die Morgenblätter aus Paris melden, ist Nikolai Nikolajewitsch ernstlich erkrankt. Nach dem Gutachten der Ärzte gibt sein Zustand zu Besorgnissen Anlaß.

### Vor dem Frieden in Marokko?

London, 10. Jan. Das Reuters-Bureau meldet aus Tanger: Trotz der Einstellung der Friedensverhandlungen heißt es, daß Frankreich und Spanien einverleibt sind und sich andererseits einem Abkommen viel näher seien als je zuvor. (W. T. B.)

## Die Reichswehr im Jahre 1926.

### Gefahr über den Reichswehrelat.

Der neue Etatsentwurf für die Reichswehr ist von verschiedenen Seiten einer sehr eingehenden Kritik unterzogen worden. Der Reichswehrminister Dr. Gessler hat sich daraufhin in einer Unterredung folgendermaßen über die Gründe, die zu der Aufstellung des jetzigen Etats geführt haben, geäußert.

Der Haushalts für das Heer erfordert 416 Millionen (mehr gegen 1925 gleich 13,1 Millionen; von diesem Mehr standen über 50 Prozent schon 1925 im Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung. Die tatsächliche Steigerung für 1926 ist also um diese Summe geringer), für die Marine 153 Millionen (mehr gegen 1925 gleich 47,3 Millionen). Man hat diese Summen mit anderen Haushaltsvoranschlägen verglichen. Das hat immer etwas Mißliches, da die Haushalte für jedes Ministerium und für jedes Land auf anderen Grundlagen aufgebaut sind. Ich will zum Vergleich eine Zahl nennen, die doch recht interessante Rückschlüsse auf den Umfang unseres Heeresetats zuläßt. Dabei sehe ich selbstverständlich davon ab, etwa die Zahlen für das französische Landheer oder die englische Marine in diesem Zusammenhang zu nennen. Der Heereshaushalt des englischen Ministeriums beträgt für das Jahr 1925/26 über 21 Millionen Pfund, also etwa 430 Millionen Mark. England gibt also im laufenden Haushaltsjahr allein für seine Luftmacht mehr aus, als Deutschland für sein Heer. Dann wird der Heereshaushalt 1924, wo wir ein Heer von über 700 000 Mann hatten, dem jetzigen Heereshaushalt, aus dem 100 000 Mann unterhalten werden, gegenübergestellt. Man vergißt aber hinzuweisen, daß damals die Mannschaften ihrer Wehrpflicht genügt, nur einige Pfennige Lohnung täglich erhielten, während jetzt Berufssoldaten ganz andere Ansprüche zu stellen berechtigt sind. 1913 erhielt der Soldat 6 Mk. monatlich, jetzt etwa rund 50 Mk. bar. Auch einige andere Zahlen sind für diesen Vergleich lehrreich. 1914 bezahlte der Staat für ein Gewehr 65 Mk., 1925 gleich 150 Mk.; 1914 für ein Maschinengewehr 1200 Mk., 1925 gleich 3000 Mk.; 1914 für ein Geschütz 12 500 Mk., 1925 gleich 20 750 Mk. Ein Uniformrock kostete 1914 18 Mk., 1925 gleich 50 Mk. Dabei war er 1914 noch bunt und mit allerlei Auszeichnungen versehen, während er jetzt denkbar einfach gehalten ist.

Wir ist der Haushalt des preussischen Ministeriums des Innern als Minder der Sparmaßnahme entgegengehalten. Er sei gegen 1925 nicht gestiegen. Leider hat der Herr, der mich schuf, übersehen, daß für die Schutzpolizei und die Landjägerei gar kein Etat für 1926 hat aufgestellt werden können, weil die zu erwartende Umgestaltung die entstehenden Mehrkosten noch nicht übersehen läßt. Man hat daher in den Haushalt für 1926 lediglich die Summe des Etats für 1925 wieder eingesetzt. Ein Vergleich zwischen den beiden Etats ist daher leider nicht möglich.

Die Preissteigerung gegen die Zeit vor dem Kriege ist für die höchsten Ausgaben nicht einmal das Wesentliche.

Die größten Kosten entstehen dem Reich durch die Wirtschaftsmethoden, zu denen wir durch die internationalen Militärkontrollkommissionen gezwungen sind. Diese hat bekanntlich in den Fabriken, die bis 1918 Waffen und Munition erzeugten, die Einrichtungen zerstören lassen

und uns gezwungen, die Produktion in Fabriken einzurichten, die erst mühsam dazu hergerichtet werden mußten und nun ein Monopol besitzen. Sie erinnern sich an die lange Liste aller Gegenstände, die noch nach der letzten Rote der Vorkriegskonferenz abgegeben und zerstört werden mußten. Die deutsche Presse hat damals allgemein mit vollem Rechte darauf hingewiesen, daß mit Fortnahme aller Wirtschaftsréserven und dem Zwange, in jedem Zweige der Heeresverwaltung von der Hand in den Mund zu leben, hohe und gänzlich unnütze Kosten verursacht wurden. Das muß sich natürlich im Heereshaushalt auswirken.

### Von entscheidender Bedeutung ist, daß erst in diesem Jahre die Neuansfertigung von Waffen und Munition von der internationalen Militärkontrollkommission zugelassen worden ist.

Dadurch ist der Rest unserer Bestände in einem Zustand, der ernste Gefahren in sich schließt. Ich erinnere an den tragischen Unfall auf dem Schicksals Jüterbog. Wir ist daher auch in der Presse vorgehalten worden, ich wäre am unrechten Ende, wenn ich in der Waffen- und Munitionsbeschaffung zurückbliebe. Ich habe mich bei beiden und der Finanzlage des Reiches Rechnung tragen müssen. Nur für das Notwendigste konnten Mittel in den Haushaltsvoranschlag eingesetzt werden. Das notwendige Auffrischungsprogramm hat auch in diesem Jahre nicht eingehalten werden können. Das ist gewiß bedauerlich, läßt sich aber nicht ändern. Die meisten Ausgaben des Haushaltes haben ein für allemal fest: Besoldung, Bekleidung, Verpflegung, Unterkunft. Daran läßt sich nichts wesentliches einsparen, im Gegenteil, der Zustand unserer Kasernen und die notwendige Verbesserung der Unterkunft ist ein Gegenstand erster Sorge der Militärverwaltung. Geipart kann nur werden am Material. Das ist gefehlt, soweit es irgend möglich war, trotz der an sich gewiß berechtigten Bedenken, die mir entgegengehalten werden.

Bei der Marine ist der Einsatz von Mitteln für Schiffserkahnbauten beantragt. Der Reichstag hat mit starker Mehrheit im vorigen Jahre ausdrücklich sich mit dem planmäßigen allmählichen Ersatz unserer Kriegsfahrzeuge einverstanden erklärt. Nur diese zurzeit absolut notwendige Erneuerung der völlig veralteten Schiffe der Flotte gibt den Werften in Kiel und Wilhelmshaven Beschäftigung. Ihr Fortfall würde die durch den Kriegsdangegang schon schwer betroffenen Küstenstädte erheblich schädigen und die Zahl der Arbeitslosen dort um mehrere tausend vermehren.

Wer den Reichswehrelat sachlich prüft, wird sich überzeugen, daß er zu sensationellen Vorkäufen keinen Anlaß gibt. Man muß sich allerdings bemühen, ihn gewissenhaft zu studieren.

### Teilnahme Rußlands an der Entwaffnungskonferenz?

London, 9. Jan. Einer Genfer Meldung der „Central News“ zufolge, hat die Sowjetregierung die Einladung des Völkerbundes anzu kommen, einen Delegierten an den vorbereitenden Beratungen der Entwaffnungskonferenz zu entsenden.